

Brot oder Benzin Flächenkonkurrenz zwischen Lebensmitteln und nachwachsenden Rohstoffen

Bread or Fuel – Land competition between food and regenerative resources

Erschienen in: Naturschutz und Landschaftsplanung 39, (12), 2007

Zusammenfassung

Eine zunehmende Weltbevölkerung stellt an eine eher schrumpfende landwirtschaftlich nutzbare Erdoberfläche kontinuierlich wachsende Ansprüche, die sich zeitgleich nicht erfüllen lassen, sondern in eine sich ständig verschärfende Konkurrenz treten, mit Gewinnern und Verlierern. Teilweise wird der Kampf um die Fläche auch gewaltsam ausgetragen – wie schon die Konkurrenz um Bodenschätze oder Wasser.

Neben den traditionellen an die Fläche gestellten Ansprüchen von Wohnungsbau und Verkehr, Wirtschaft und Industrie, Land- und Forstwirtschaft tritt nun in großem Umfang der Flächenbedarf der Energiewirtschaft. Außer dem Flächenverbrauch der Wind- und Solarenergie benötigen vor allem die nachwachsenden Rohstoffe, die nicht nur als Bau- und Fertigungsmaterial, sondern ganz überwiegend für die Energieerzeugung benötigt werden, die meisten Flächen. Die Kopplung der Land- und der Energiewirtschaft führt dabei zu erheblichen Preissteigerungen, die Subventionierung nachwachsender Rohstoffe zu strukturellen Verwerfungen.

Der Naturschutz, der neben dem Tourismus ebenfalls auf Flächen angewiesen ist, droht unter die Räder zu kommen. Er muss sich am Wettbewerb um die Flächen beteiligen. Der Flächenerwerb wird dabei zum wichtigsten Instrument des Naturschutzes.

Summary

The increasing world population places continuously growing requirements on farm land which has not been not growing but rather shrinking; since these demands cannot be fulfilled they cause a stiffening competition, leading to winners and losers. Partly, this fight for land has even been carried out by force – similar to the competition for mineral resources or water.

In addition to the traditional requirements of housing and traffic, economics and industry, agriculture and forestry, the energy industry is now placing a large demand for land on a finite area. The cultivation of regenerative resources, not only used as building and production material but mainly used for the production of energy, requires the largest areas beside land consumption for wind and solar energy. In this context the linkage of agriculture and energy industry has led to

substantial price increases, additionally the subsidization of regenerating raw materials caused structural distortions.

In this sharp contest nature conservation – similarly to tourism also depending on land – is likely to lose substantial ground. Nature conservation has to participate in the competition about land resources with land acquisition becoming their most important instrument.

1. Weltweite Flächenkonkurrenz

Der Kampf um die Fläche wird härter, die Flächenkonkurrenz immer größer. Neben den bisherigen Bodennutzern, vor allem der Land- und Forstwirtschaft, neben Siedlungen, Industrie und Verkehr tritt nun ein neuer Konkurrent auf den Plan: die Energiewirtschaft.

Vorbei sind die Zeiten, in denen die Europäische Union den hoch subventionierten Landwirten ein Flächenstilllegungsprogramm auferlegte, um die Butterberge und die Milchseen abzubauen. Nun werden alle Flächen gebraucht. Die Preise für die Flächen der Land- und Forstwirtschaft und für deren Produkte steigen. Selbst Brach- und Unland erhalten plötzlich einen Wert, nicht nur wie bisher als Subventionssubstrat im Rahmen der EU-Agrarförderung, sondern auch als Grundlage für die Energiewirtschaft.

Die zunehmende Flächenkonkurrenz nicht nur in Europa, sondern auch weltweit, liegt also nicht primär an der wachsenden Weltbevölkerung und ihrem größeren Appetit oder ihrem prozentual höheren Fleischkonsum.

Um ein Kilogramm Rindfleisch zu erzeugen, braucht man mindestens acht Kilogramm Getreide (BALS & HAMM 2007). Sie liegt auch nicht primär an einer zunehmenden Versteppung und Verwüstung weiter, ehemals landwirtschaftlich genutzter Flächen, sondern an dem wachsenden Energiehunger der Weltbevölkerung. Auslöser sind dabei nicht nur der absehbare Mangel und die dadurch steigenden Preise der fossilen Energieträger wie Erdgas, Erdöl oder Kohle, sondern auch die mit ihrer Verbrennung unaufhaltsam steigende CO₂-Freisetzung und ihre mittlerweile unzweifelhaft klimaschädlichen Auswirkungen.

Anders als die Schwefel- und Stickstoffoxide in den 70- und 80iger Jahren des vorherigen Jahrhunderts lassen sich Kohlendioxide eben bis heute nicht großtechnisch und zu vertretbaren Kosten abscheiden und dauerhaft sicher lagern. Entsprechende Versuche laufen zwar, beispielsweise in Brandenburg. Ein Ergebnis ist aber offen und in naher Zukunft kaum zu erwarten, jedenfalls keine Erdlagerung von Kohlenstoff im benötigten Umfang und zu vertretbaren Kosten (Bundesregierung 2007).

2. Flächenverbrauch der Energiewirtschaft

Die Energiewirtschaft erhebt auf verschiedene Weise und in erheblichem Umfang Anspruch auf Flächen. So hat die Windenergie ebenso wie die Solarenergie Flächenansprüche, wobei es sich dabei nicht unbedingt um land- und forstwirtschaftlich nutzbare Fläche handeln muss. In der Praxis aber stehen die meisten Windkraftanlagen auf Ackerflächen, nicht im Meer und erst recht nicht auf Industrie- oder Verkehrsflächen. Eine moderne Windkraftanlage bringt dem Grundeigentümer heute gut und gerne 10 000 Euro Gewinn pro Jahr, eine Summe, die man aus

der dafür notwendigen Fläche auf andere Weise so leicht nicht ziehen könnte. Auch Solaranlagen werden keineswegs nur auf Gebäuden, sondern auch in der Landschaft aufgestellt.

Ein Beispiel unter vielen: Im Süden Brandenburgs soll auf einem Teil des ehemaligen Truppenübungsplatzes Lieberose das weltweit größte Solarkraftwerk entstehen. Die Cottbuser Firma „Solarprojekt GmbH“ plant dazu Fotovoltaikfelder auf 162 ha aufzustellen. Bisher steht das mit 77 ha größte Solarfeld bei Arnstein bei Würzburg.

Bei der Windenergie ist es in den letzten Jahren gelungen, mit Hilfe der Landes- und Regionalplanung zumindest ansatzweise einen Interessenausgleich zwischen dem Flächenbedarf der Energiewirtschaft und den Ansprüchen des Natur- und Landschaftsschutzes zu schaffen, trotz einer nach wie vor bestehenden Fülle an Streitfällen. Ob ein ähnliches Verfahren wie eine flächendeckende Landschaftsanalyse der landwirtschaftlichen Nutzfläche dazu geeignet ist, den erheblich größeren Flächenbedarf des Energiepflanzenanbaus mit konkurrierenden Flächenansprüchen abzustimmen, wie es SCHULTZE & KÖPPEL (2007) vorschwebt, bleibt abzuwarten.

3. Nachwachsende Rohstoffe als Energieträger

Den größten Flächenverbrauch haben mit Abstand nachwachsende Rohstoffe, die zur Energiegewinnung genutzt werden, also zur Herstellung von Biodiesel oder Bioethanol, von Biogas oder direkt durch Verbrennung zur Erzeugung von Elektrizität und Wärme. Sie alle haben zumindest den ökologischen Vorteil, dass sie mittelfristig nicht mehr Kohlenstoff freisetzen als sie aufnehmen, der Kohlenstoff also in einem geschlossenen Kreislauf zirkuliert. Fossile Kohlenstofflagerstätten werden nicht angegriffen.

Deswegen ist der Ausbau der Biokraftstoffproduktion auch politisch gewollt. Die Staats- und Regierungschefs der EU-Staaten haben im Jahre 2007 beschlossen, den Anteil der erneuerbaren Energien am Primärenergieverbrauch bis zum Jahre 2020 auf 20% zu verdreifachen. Darin soll dann ein Anteil der Biokraftstoffe von 10% am gesamten Kraftstoffverbrauch enthalten sein, ein ehrgeiziges Ziel, denn im Jahre 2005 lag er erst bei etwa 1%.

Deutschland ist hier Spitzenreiter. Am Ende des Jahres 2006 betrug die Biodieselpkapazität in Deutschland 4,4 Mio. Tonnen, die Bioethanolkapazität 0,571 Mio. Tonnen pro Jahr. Rund 3 500 Biogasanlagen sind in Deutschland schon in Betrieb, das entspricht rund 90 % der Gesamtkapazität der Europäischen Union.

Um diese Anlagen auszulasten, werden enorme landwirtschaftliche Flächen benötigt. So hat der Deutsche Raiffeisenverband (DRV) errechnet, dass für die 3 500 Biogasanlagen 350 000 ha Ackerland erforderlich sind.

Weitere Einzelbeispiele mögen die Dimensionen, um die es geht, verdeutlichen:

In Penkun (Mecklenburg Vorpommern) soll das größte Biomasse-Kraftwerk der Welt entstehen, das zu seiner Auslastung 300 000 Tonnen Mais, 20 000 Tonnen Getreide und 60 000 Tonnen Gülle benötigt, was einem Äquivalent von rund 10 000 ha Fläche entspricht. Die Hälfte der Biomasse soll aus Polen kommen. Das 20-Megawatt-Kraftwerk soll rund 80 Mio. Euro kosten.

Im brandenburgischen Landkreis Spree- Neiße sind gleich zwei Biogasanlagen gebaut worden, eine mit 20 Megawatt und eine mit 10 Megawatt Leistung, die beide zusammen gut 460 000

Tonnen Maissilage (durch Gärung konservierter Mais) benötigen, weit mehr als sich in einem Umkreis von 50 Kilometern anbauen lässt. Dazu kommen noch 100 000 Tonnen Gülle und Getreide.

In Wittenberg (Sachsen-Anhalt) entsteht die größte Biodieselraffinerie Europas, die aus jährlich 560 000 Tonnen Raps 200 000 Tonnen Öl herstellen und anschließend in Biodiesel umwandeln soll. Dafür werden 10 % der deutschen Rapsproduktion benötigt, was ungefähr der gesamten Menge entspricht, die zurzeit in Sachsen-Anhalt angebaut wird.

Die stürmische Entwicklung der nachwachsenden Rohstoffe ist keineswegs auf Deutschland oder Europa beschränkt. Nach einigem Zögern haben sich die USA auch hier an die Spitze der Bewegung gestellt. Dort produzieren zurzeit 115 Ethanolraffinerien jährlich 21 Mio. Liter Biokraftstoff, weitere 86 Raffinerien befinden sich nach Angaben der US-Regierung im Bau. Dazu werden beträchtliche Mengen Weizen, Ölsaaten und vor allem Mais verwendet.

4. Subventionierung nachwachsender Rohstoffe

Die gute Konjunktur für nachwachsende Rohstoffe als Energieträger wäre in Europa ohne massive Subventionen nicht möglich. Um in die Nähe der marktwirtschaftlichen Konkurrenzfähigkeit zu gelangen, müssten sich die Weltmarktpreise für Öl und Gas zumindest verdoppeln. Die erforderlichen hohen Subventionen werden entweder vom Steuerzahler direkt oder indirekt vom Verbraucher über seine erhöhten Energierechnungen bezahlt.

In Deutschland erfolgt die Förderung der Stromproduktion aus nachwachsenden Rohstoffen über das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG), das den Produzenten für 20 Jahre feste, weit über den heutigen Strompreisen liegende Abnahmepreise garantiert. Weiterhin sind das Energiesteuergesetz und das Biokraftstoffquotengesetz für die Subventionierung einschlägig. Die beiden deutschen Gesetze beruhen auf der Europäischen Richtlinie zur Förderung der Verwendung von Biokraftstoffen und auf der Europäischen Energiesteuerrichtlinie. Auf dieser Basis wurde zunächst Biodiesel von der Mineralölsteuerpflicht befreit. Nicht zuletzt deswegen verfügt Deutschland heute über die höchsten Biodiesel- und Bioethanolkapazitäten in der ganzen Europäischen Union. Am 01. August 2006 wurde im novellierten Energiesteuergesetz für reines Biodiesel eine Steuer in Höhe von 9 Cent pro Liter erhoben, die ab 2008 um jährlich 6 Cent steigen soll. Die deutsche Biokraftstoffindustrie klagte angesichts zunächst fallender Rohölpreise über diese unflexiblen Steuersätze, eine Kritik, die angesichts nunmehr wieder steigender Rohölpreise etwas abgeflaut ist. Sie fordert stattdessen ein „Atmendes System“, also eine an den Erdölpreis auf dem Weltmarkt angepasste, flexible Besteuerung.

Der Gesetzgeber hatte 2006 die Besteuerung des reinen Biodiesels auch mit der gleichzeitig zum 01. Januar 2007 festgesetzten Beimischungspflicht gerechtfertigt. Allerdings entspricht die gesetzlich festgelegte Quote von 4,4 % am Gesamtkraftstoffmarkt gerade 1,5 Mio. Tonnen Biokraftstoff pro Jahr und damit nur einem Drittel der bereits heute vorhandenen Biodieselpkapazitäten in Deutschland. Die Lobbyisten des Biokraftstoffes fordern daher vehement eine deutliche Erhöhung der gesetzlich vorgeschriebenen Beimischungsquote.

5. Strukturveränderungen durch Subventionen

Von den in Deutschland angebotenen Energiesubventionen profitieren vor allem Großagrarier und finanzstarke Investoren. Die Versuche des Gesetzgebers, vor allem kleine dezentrale Anlagen

zu fördern, welche die Wertschöpfung überwiegend bei den Landwirten selbst belassen, waren wenig erfolgreich. Durch eine geschickte Aufteilung und Kombination lässt sich gerade von den großen Investoren ein Höchstmaß an finanzieller Förderung abfassen. Die geplante Anlage in Penkun erhält den erzeugten Strom nach dem EEG subventioniert, 10 Cent Grundvergütung pro Kilowattstunde, 6 Cent Bonus für den Einsatz nachwachsender Rohstoffe, 2 Cent zusätzlich für die Kraftwärmekopplung, da die Abwärme für eine Düngemittelfabrik genutzt wird. Die geplante 20-Megawatt- Biogasanlage im Landkreis Spree-Neiße wird in 40 Heizblöcke gestückelt, um die im EEG begrenzten Subventionen voll auszunutzen.

Die staatlichen Subventionen im Energiesektor führen auch zu erheblichen Strukturveränderungen, mitunter sogar zu ökonomischen, ökologischen und sozialen Verwerfungen. Das ist typisch für den Eingriff des Staates in den Markt mit Hilfe von Subventionen. So steigen die Pacht- und Kaufpreise für Flächen aller Art, eine Entwicklung, die bereits durch die seit 2005 in Kraft getretenen flächenbezogenen Agrarprämien der Europäischen Union begonnen hat und die nunmehr beschleunigt wird. Diese flächenbezogenen Preissteigerungen führen direkt zu drastischen Preiserhöhungen für alle flächenbezogenen Produkte, beispielsweise für Holz, aber vor allem für Futter- und Lebensmittel. Das bekommen nicht nur alle Glieder der Wertschöpfungskette, sondern letztendlich auch die Verbraucher zu spüren.

6. Steigende Kauf-, Pacht- und Verbraucherpreise

Die Kauf- und Pachtpreise für landwirtschaftliche Nutzfläche sind in Deutschland seit dem 2. Weltkrieg und der deutschen Teilung sehr unterschiedlich, nicht nur wegen unterschiedlicher Bodenwertzahlen. So mussten im Jahre 2005 in Nordrhein-Westfalen 25 869,- EUR pro Hektar landwirtschaftliche Nutzfläche gezahlt werden, in Brandenburg nur 2 599,- EUR. Der bundesdeutsche Kaufpreis lag im Durchschnitt bei 15 825,- EUR.

In Brandenburg sind die Kaufpreise von durchschnittlich 2 599,- EUR im Jahre 2005 auf 2 776,- im Jahre 2006 gestiegen. Für das Jahr 2007 zeichnen sich bereits weitere und größere Preissteigerungen ab. Am teuersten in Brandenburg sind die landwirtschaftlichen Nutzflächen in der Uckermark. Hier mussten im Jahre 2006 für einen Hektar bereits 3 665,- EUR gezahlt werden, das sind 0,37 EUR pro Quadratmeter. Damit lagen die Preise in der fruchtbaren Uckermark um ein Drittel höher als der Landesdurchschnitt.

Die Kauf- und damit auch die Pachtpreise werden auch durch das zunehmende Kaufinteresse finanzstarker Investoren in die Höhe getrieben, die versuchen, in großem Stile in Deutschland Flächen zu kaufen. Die jüngste Nachricht war, dass chinesische Investoren sich bemühen, den deutschen Wald zu kaufen. Ob dieses Gerücht wahr oder falsch ist, ist eigentlich zweitrangig, für die Stimmung entscheidend ist, dass es weithin für möglich gehalten wird. Nach Einschätzung der Bodenverwertungs- und -verwaltungs GmbH (BVVG) sind in den neuen Ländern zwischen 2006 und 2007 die Preise für Ackerflächen um rund 10 %, die Preise für Waldflächen um über 30 % gestiegen. Dementsprechend stiegen auch die Pachtpreise.

Diese Preissteigerungen für die Flächen haben natürlich Preissteigerungen für flächenbezogene Produkte zur Folge. Industrie-, Bau- und Feuerholz wird in einer Weisenachgefragt, wie wir es in Deutschland seit Beginn der Industrialisierung nicht mehr kennen. Die Preise für Holz sind in Brandenburg in den vergangenen drei Jahren zwischen 60 und 100 % gestiegen, ebenso die Zahl der Holzdiebstähle. Nach Auskunft des brandenburgischen Landeskriminalamtes (LKA) gab es in den Jahren 2003 und 2004 rund 160 Strafanzeigen wegen Holzdiebstahls, in den Jahren 2005 und

2006 jeweils rund 190. Parallel dazu hat auch der Anteil der privaten Holzheizungen deutlich zugenommen, was auch verständlich ist, denn der Einbau von Holzpellet-Heizungen wird vom Staat massiv gefördert.

Nachvollziehbarerweise sind auch die Preise für landwirtschaftliche Produkte stark gestiegen, vor allem für Futter- und Lebensmittel. Die zentrale Markt- und Preisberichtsstelle (ZMP) der Agrarwirtschaft spricht von einem Preisanstieg, wie ihn Deutschland nach dem Krieg noch nicht erlebt hat. Mitte 2007 haben sich die Preise für Milchprodukte innerhalb kürzester Zeit fast verdoppelt, nicht nur eine Folge von Missernten und Tierseuchen, sondern auch des Anbaus nachwachsender Rohstoffe, wie das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung festgestellt hat. Mit den Preissteigerungen bei den Molkereiprodukten sind auch Preissteigerungen bei Lebensmitteln verbunden, die in hohen Maßen Milch und Butter verwenden.

Durch die steigenden Tierfutterpreise klettern auch die Fleischpreise in die Höhe. 60% der Kosten der deutschen Geflügelwirtschaft sind nämlich Futterkosten und die sind nach Aussage des Zentralverbandes der deutschen Geflügelwirtschaft im Vergleich zum Vorjahr um fast 100 % gestiegen. Das Statistische Bundesamt erklärt das damit, dass wegen der Bioenergieerzeugung immer weniger Ackerland für Futtergetreide übrig bleibe.

Weitere Preissteigerungen sind zu erwarten, wie der 2007 in Paris veröffentlichte Welt-Agrar-Ausblick für die Jahre 2007– 2016 voraussagt. Sie werden vom Deutschen Bauernverband auch gefordert. Er verweist zu recht darauf, dass die Lebensmittel in der Vergangenheit in Deutschland häufig unter Wert verkauft wurden, dass eine deutsche Familie heute nur 12 % ihres Einkommens für die Ernährung ausgibt, nach dem Krieg waren es über 50 %. Ob es aber vorteilhaft ist, die Kosten für Nahrungs- und Futtermittel an die Energiekosten zu koppeln, ist bei den Steigerungsraten der zuletzt Genannten zumindest aus Verbrauchersicht eher zweifelhaft.

Bei entsprechenden Missernten ist auch in Zukunft nicht auszuschließen, dass der Energiehunger der Industrie- und Schwellenländer zu echtem Hunger in den Entwicklungsländern führt. Der Weizenpreis hat sich bereits innerhalb eines Jahres verdoppelt. Wenn auch die UN-Welternährungsorganisation (FAO) in diesem Jahr mit einer Rekordernte rechnet, so lässt sich dennoch nicht übersehen, dass die weltweiten Weizenvorräte seit 1999 sinken und in diesem Jahr so tief liegen wie seit 30 Jahren nicht mehr. Geht diese Entwicklung so weiter – und Weizen ist einer der wichtigsten Rohstoffe für die Energiegewinnung – so dürften die weltweiten Weizenvorräte in zehn Jahren restlos aufgebraucht sein (BALS & HAMM 2007).

Gewinner dieser strukturellen Veränderungen sind die Flächenbesitzer, die über höhere Pachten oder direkt über höhere landwirtschaftliche und forstwirtschaftliche Erträge Mehreinnahmen verzeichnen können.

Verlierer sind die Verbraucher, vor allem die ärmeren Schichten, die zusätzlich zur Kasse gebeten werden. Schon werden in Deutschland angesichts der Preissteigerungen von Molkereiprodukten politische Stimmen laut, die eine Aufstockung der Sozialunterstützung fordern.

Ein besonders drastisches Beispiel der zu erwartenden sozialen Spannungen findet sich in Nordamerika. Nicht zuletzt im Rahmen der Nordamerikanischen Freihandelszone (Nafta) ist der Maisanbau in Mexiko stark zurückgegangen, der Mais wurde billiger aus den benachbarten USA importiert. Seit sich auch die Vereinigten Staaten klimabewusster verhalten und den Biosprit massiv subventionieren, verdoppelten sich in Mexiko die Preise für Grundnahrungsmittel, beispielsweise die für die Mexikaner lebenswichtigen Tortillas. Der Kilopreis stieg im Jahre 2007 innerhalb weniger Wochen von 40 auf 80 Eurocent. Soziale Unruhen waren die Folge.

Die Preissteigerungen treffen aber auch die Energiebranche selbst. Wegen der Verteuerung ihres Rohstoffes sah sich die Vereinigte Bioenergie AG (VERBIO) gezwungen, im September 2007 ihre Produktion im gerade erst eröffneten Schwedter Bioethanolwerk für unbestimmte Zeit auszusetzen, 80 Mitarbeiter gingen in die Kurzarbeit. Die Tonne Roggen, der Grundstoff, aus dem das auf 300 000 Tonnen pro Jahr ausgelegte Werk Bioethanol durch alkoholische Gärung herstellt, habe sich innerhalb eines Jahres von 105,- € auf 220,- € mehr als verdoppelt, so VERBIO-Vorstandschef Claus Sauter. Die Konkurrenz aus Brasilien produziere viel preiswerter. Der Ruf nach höheren Subventionen wird lauter. Die schon aus anderen Bereichen bekannte, ständig aufwärts strebende Subventions-Preis-Spirale schraubt sich weiter nach oben.

7. Auswirkungen auf Arbeitsmarkt und Agrarstruktur

Aber auch innerhalb der Landwirtschaft führen die Subventionen zu Verwerfungen, denn sie bevorzugen Acker- und benachteiligen Viehbauern. Landwirte, die auf die Pflanzenproduktion setzen und ihre Produkte subventioniert an die neuen Energiefabriken verkaufen, stehen deutlich besser da als Landwirte, die sich auf die Tierproduktion konzentrieren und nur einen Teil ihrer höheren Kosten für Futtermittel, Energie und Arbeitskräfte auf die Verbraucher abwälzen können.

Eine Folge dieser Verzerrungen ist, dass landwirtschaftliche Arbeitsplätze, die wegen der EU-weiten Umstellung der Förderung von der produktbezogenen Subvention auf die flächenbezogene Subvention sowieso schon abgebaut wurden, noch stärker reduziert werden. Nachwachsende Rohstoffe lassen sich mit einem sehr viel geringeren menschlichen Arbeitseinsatz anbauen als Futter- und Lebensmittel. Besonders arbeitsplatzintensiv ist die Fleisch- und Milcherzeugung. Die Förderung der Pflanzen- zu Lasten der Tierproduktion beschleunigt also direkt die weitere Verödung und Entvölkerung des ländlichen Raumes. Wer also vorschnell die Wandlung vom Landwirt zum Energiewirt bejubelt, sollte das klar vor Augen haben.

Neben dieser sozialen Konsequenz ist auch eine ökologische bedeutsam. Der Anteil des Grünlandes an der landwirtschaftlichen Nutzfläche nimmt in Deutschland spürbar ab. Allein von 2005 bis 2006 gingen bundesweit 47 000 ha Grünland verloren. In mehreren Bundesländern sank der Grünlandanteil im Jahre 2006 gegenüber dem Referenzjahr 2003 um 2,5 bis 4 %. Für die ökologische Artenvielfalt ist aber das Grünland weit wertvoller als das Ackerland.

Aus den genannten Gründen stehen beispielsweise in Brandenburg die für die Landwirtschaftspolitik Verantwortlichen der Energiegewinnung aus nachwachsenden Rohstoffen eher skeptisch gegenüber. Landwirtschaftsminister Dietmar Woidke fordert die brandenburgischen Bauern, die durchschnittlich zwei Drittel ihrer Fläche als Pachtland bewirtschaften, auf, ihren Eigentumsanteil zu erhöhen. Er rechne bei den Kauf- und Pachtpreisen in nächster Zeit mit Steigerungen von 25 %.

8. Ökologische Konsequenzen

Aber es gibt noch weitere ökologische Konsequenzen, die mit dem verstärkten Anbau nachwachsender Rohstoffe zur Energieerzeugung zwangsläufig verbunden sind. Anders als bei Futter- und erst recht bei Lebensmitteln wird bei der Erzeugung nachwachsender Rohstoffe weit

weniger Wert auf Qualität gelegt. Das betrifft sowohl den Einsatz von Agrochemikalien als auch den Einsatz von gentechnisch veränderten Pflanzen.

Der Einsatz von chemisch-synthetischen Pflanzenschutz- und Düngemitteln wird bei der Erzeugung nachwachsender Rohstoffe künftig nur noch durch ihren Preis und eventuell durch den Grundwasserschutz begrenzt. Nur mit ihrem Einsatz lassen sich auf großer Fläche die gewünschten Monokulturen Gewinn maximierend entwickeln.

Ein konkretes Beispiel ist das Schädlingsvertilgungsmittel „Reldan 22“, das zur Bekämpfung des Rapsglanzkäfers eingesetzt werden soll und Anfang des Jahres 2007 vom Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit zugelassen wurde. Immerhin vernichtete der kleine Käfer 2006 rund 30 % der gesamten Rapsernte Brandenburgs. Gegen herkömmliche Gifte ist der Schädling bereits resistent. Deswegen wurde die Sondergenehmigung für „Reldan 22“, eine Organophosphorverbindung, erteilt. Es darf ab dem 1. Mai eines jeden Jahres 120 Tage lang benutzt werden, also gerade in der Zeit, in der die Bienen besonders auf den Feldern unterwegs sind. Der geharnischte Protest der Imkerverbände hat das nicht verhindern können.

9. Gentechnik als Profiteur nachwachsender Rohstoffe

Die finanzielle Förderung nachwachsender Rohstoffe entwickelt sich aber auch zum Trojanischen Pferd für die Gentechnik in Europa. Bisher konnten sich gentechnisch veränderte Produkte wegen der enormen Abneigung der Verbraucher auf dem europäischen Markt, anders als auf dem amerikanischen, noch nicht einmal ansatzweise durchsetzen. Europäische Verbraucher wollen ganz überwiegend keine genveränderten Nahrungsmittel verzehren, wie alle Umfragen belegen. Diese Abneigung betrifft aber im Wesentlichen Pflanzen, die zur Ernährung eingesetzt werden und dürfte für Pflanzen, die für die Energieerzeugung angebaut werden, nicht so ausgeprägt sein, insbesondere dann nicht, wenn sich daraus günstigere Energiepreise ableiten lassen. Auf diese Weise dürften gentechnisch veränderte Pflanzen auch in Europa für breite Bevölkerungskreise akzeptabel werden.

Die Förderung nachwachsender Rohstoffe zur Energieerzeugung führt also absehbar zu einem verstärkten Einsatz von Chemikalien und Gentechnik in der Landwirtschaft. Sie führt zu mehr Acker und weniger Wiese, zu mehr großräumiger Monokultur und zu weniger kleinteiligem Fruchtwechsel.

10. Negative Ökobilanz

Aber auch ansonsten ist die Ökobilanz zur Energiegewinnung eingesetzter nachwachsender Rohstoffe, insbesondere ihre CO₂-Bilanz, im Vergleich zu fossilen Energieträgern keineswegs so günstig wie vielfach behauptet. Stefan Tangermann, OECD-Direktor für Handel und Landwirtschaft schätzt, dass 80 % der Energie, die sich über Pflanzen gewinnen lässt, bei der heutigen Generation der Biokraftstoffe zunächst in Form fossiler Energie für Dünger, Ernte und Transport investiert werden müssen (BALS & HAMM 2007).

Eine Studie der Schweizer Forschergruppe um Rainer Zah von der Eidgenössischen Materialprüfungs- und Forschungsanstalt (EMPA) in Sankt Gallen ergab, dass Biotreibstoffe aus Raps, Roggen und Mais die Umwelt weit mehr belasten als Benzin oder Diesel und zwar dann, wenn man alle Umweltbelastungen, die bei Produktion, Transport und Verbrauch entstehen,

berücksichtigt. Die Forscher untersuchten alle vier Arten von Biosprit, also Bioethanol, Biomethanol, Biodiesel und Biomethan. Dabei erwiesen sich nur Biotreibstoffe aus landwirtschaftlichen Abfällen sowie aus Holz und Gras als umweltfreundlicher im Vergleich zum herkömmlichen Benzin. Alle anderen Biokraftstoffe waren zum Teil erheblich umweltschädlicher als die fossilen Energieträger. Am ungünstigsten schnitten in Europa angebaute nachwachsende Rohstoffe ab. Bioethanol aus Roggen und Kartoffeln belasten die Umwelt fünfmal stärker als herkömmliches Benzin. Biosprit aus Raps, amerikanischem Mais und brasilianischer Soja schädigen die Natur immerhin noch zweieinhalb Mal so stark wie Benzin. Dem gegenüber belasten Biotreibstoffe aus Abfall- und Reststoffen wie Gülle, Klärschlamm und Molke die Umwelt weit weniger als Benzin, so dass, so die Schlussfolgerung der Schweizer Forscher, die Umwandlung dieser Abfälle in Kraftstoffe durchaus gefördert werden sollte. Allerdings kann Biosprit aus Abfällen nur wenige Prozent des Energiebedarfes decken.

Von den speziell für die Energiegewinnung angebauten Rohstoffen sind nur Gras und Holz umweltfreundlicher als Benzin. Allerdings ließe sich die Umweltbilanz der Biotreibstoffe noch verbessern, denn bisher verarbeiten die Hersteller nur die zucker- und stärkehaltigen Teile von Ackerpflanzen, also ihre Früchte, zu Biosprit. Wenn es gelänge, auch die Zellulose, etwa die Getreidehalme zu nutzen, dann könnten ganze Pflanzen zu Biotreibstoffen verarbeitet werden. Dadurch ließe sich die Energieeffizienz vieler nachwachsender Rohstoffe erhöhen. Allerdings gibt es noch keine wirtschaftlich nutzbaren Techniken, die das Riesenmolekül der Zellulose in kleinere, zur Treibstoffproduktion nutzbare Bestandteile zerlegt.

11. Kein unbegrenztes Wachstum im begrenzten System

Das stärkste Argument gegen die Subventionierung von nachwachsenden Rohstoffen zur Energiegewinnung ist aber die zunehmende Flächenknappheit und die damit einhergehende Flächenkonkurrenz. Die Erdoberfläche ist eben nicht vergrößerbar, sondern ein begrenztes, angesichts der Klimaveränderung eher kleiner werdendes Gut, auf der eine stark wachsende Menschheit ihr Auskommen finden muss. Alle konkurrierenden Nutzungsansprüche lassen sich nicht auf der zur Verfügung stehenden Fläche, erst recht nicht auf der fruchtbaren, erfüllen (VÖSSING 1996).

Vertreter der Agrochemie behaupten zwar, mit Hilfe von chemisch-synthetischen Dünge- und Pflanzenschutzmitteln, außerdem unter Zuhilfenahme der Gentechnik, die landwirtschaftlichen Erträge pro Jahr und Hektar weiterhin so wie in den letzten 100 Jahren steigern zu können. Deswegen sei nicht zu erwarten, dass es Engpässe bei der Versorgung der Menschheit mit Lebens- und Futtermitteln wegen des zunehmenden Anbaues nachwachsender Rohstoffe geben werde. Den in den letzten 100 Jahren zu beobachtenden Produktionszuwachs auf gleichen Flächen in ähnlicher Größenordnung auf die nahe und mittlere Zukunft zu extrapolieren, ist aber zumindest sehr leichtsinnig. Die Zunahme der landwirtschaftlichen Produktivität ist mit Sicherheit – anders als die industrielle – nicht linear, sondern gleicht bestenfalls einer Sättigungskurve. Aus einem begrenzten System lässt sich auf Dauer kein unbegrenzter Zuwachs erwirtschaften.

Es ist also davon auszugehen, dass die Nahrungs- und Futtermittelversorgung der Weltbevölkerung auf Grund der zunehmenden Nachfrage nach nachwachsenden Rohstoffen, vor allem in den Industrie- und Schwellenländern, weltweit bald nicht mehr zu für alle erschwinglichen Preisen sichergestellt werden kann (VÖSSING 1996), zumal durch die Klimaerwärmung aller Voraussicht nach die Menge der landwirtschaftlich nutz-baren Flächen eher ab- als zunehmen wird. Südgrönland wird wieder wie vor 1000 Jahren zum Grünland. Gleichzeitig fallen küstennahe, tief liegende Wiesen und Weiden dem steigenden Meeresspiegel zum Opfer.

Zwar ist es durchaus denkbar, dass die heutigen Dauerfrostböden Russlands und Kanadas in Zukunft land- und forstwirtschaftlich genutzt werden können, dieser Zugewinn an Flächen wird aber voraussichtlich mehr als ausgeglichen durch die Ausbreitung von Steppen und Wüsten um den nördlichen und südlichen Wendekreis herum. Was nützt es Norwegen, wenn sich die Grenze des Dauerfrostbodens wegen der Klimaerwärmung nach Norden verschiebt, es aber gleichzeitig an der Küste wegen eines möglicherweise veränderten Golfstromes deutlich kälter wird. Der Getreidegürtel in Amerika und Asien wird sich nur von Süden nach Norden verlagern, aber letztendlich nicht vergrößern. Als zusätzliche Schwierigkeit ist die größere Entfernung zwischen den Gebieten zu nennen, in denen die Menschen heute leben und in denen in der Zukunft die Nahrungsmittel erzeugt werden. Lange Transporte und schwierige Verteilungsmechanismen sind die Folge.

In Europa trifft die Flächennachfrage der Energiewirtschaft auf einen ohnehin schon angespannten Flächenmarkt. Alle Bodenschutzbemühungen auf europäischer und nationaler Ebene haben bisher den galoppierenden Flächenverbrauch nicht bremsen, geschweige denn zurückdrehen können. Trotz einer abnehmenden Bevölkerungszahl werden immer noch unverbaute Flächen versiegelt, der Neubau von Straßen wird ebenso vorangetrieben wie Gewerbeansiedlungen auf der grünen Wiese. Ein Flächenrecycling steckt nicht zuletzt wegen der Kosten noch immer in den Kinderschuhen.

Nachzulesen ist das in der im Jahre 2002 formulierten „Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie“ der rot-grünen Bundesregierung und in der entsprechenden Fünfjahresbilanz des NABU, BUND und des Deutschen Naturschutzringes (MAI 2007). Die nationale Nachhaltigkeitsstrategie findet sich auch in ähnlicher Form im Koalitionsvertrag der gegenwärtigen Bundesregierung aus CDU, CSU und SPD wieder. Danach soll bis zum Jahre 2020 der tägliche Flächenverbrauch in Deutschland auf 30 ha reduziert werden. Das statistische Bundesamt hat aber im Jahre 2007 in seinem Indikatorenbericht festgestellt, dass zwischen den Jahren 1992–2004 in Deutschland täglich durchschnittlich 121 ha für Verkehrs- und Siedlungsflächen verbraucht wurden (EWERT 2007), das entspricht 175 Fußballfeldern. Eine Trendumkehr ist nicht absehbar.

Auch sollte nicht vergessen werden, dass nachwachsende Rohstoffe wie Hanf keineswegs nur zur Energiegewinnung, sondern zukünftig auch verstärkt als energiesparende Dämm- und Baustoffe oder sogar als Werkstoffalternative für die Industrie benötigt werden, insbesondere dann, wenn Erdöl als Rohstoff dafür immer weniger zur Verfügung steht. So hat ein von der Deutschen Bundesstiftung Umwelt (DBU) gefördertes Projekt gezeigt, dass neuartige Verbundstoffe aus nachwachsenden Rohstoffen glasfaserverstärkte Kunststoffe in der Industrieproduktion ersetzen können. Im Rahmen dieser Studie wurde ein Karosseriebauelement eines Busses aus Naturharz und Naturfasern, in diesem Falle Hanf, hergestellt und ein Jahr lang im Stadtverkehr von Braunschweig getestet. Als Ergebnis konnte festgehalten werden, dass das alternative „Stoßbügelteil“ im Frontbereich des Busses entsprechenden konventionellen Produkten in Nichts nachstand, diesem aber unter dem Aspekt von Umwelt und Gesundheit deutlich überlegen war.

12. Nachwachsende Rohstoffe in Entwicklungsländern

Nachwachsende Rohstoffe sind aber keineswegs nur ein Thema für Europa und Nordamerika, sondern ein weltweites, gerade auch für Entwicklungsländer. Der Verband der deutschen Biokraftstoffindustrie sieht sogar eine „Renaissance der afrikanischen Landwirtschaft“. Nachwachsende Rohstoffe sollen in den Entwicklungsländern vor allem auf bisher brach liegenden und für die Lebensmittelproduktion ungeeigneten Flächen angebaut werden. Forscher arbeiten an der Züchtung von Pflanzen, die noch mit Standortbedingungen zufrieden sind, unter

denen bisherige Nutzpflanzen nicht gedeihen. Diese Versprechungen und Erwartungen sind aber noch nicht in die Tat umgesetzt. Bisher gingen die Flächen für nachwachsende Rohstoffe in den Entwicklungsländern ganz überwiegend auf Kosten des zuvor abgeholzten und abgebrannten tropischen Regenwaldes. In Malaysia sind seit 1985 die Ölpalmenplantagen für 87 % aller Waldverluste verantwortlich (BALS & HAMM 2007). In Indonesien und Malaysia werden auf dem ehemaligen Waldland überwiegend Ölpalmen, in Brasilien Zuckerrohr oder Soja, in Thailand Maniok angebaut. Wegen der günstigeren Witterungsverhältnisse, Preise und Löhne wird hier der Subventionsbedarf auch bei weitem nicht so groß wie in Europa und Nordamerika.

Schon allein deswegen sollte man sich über die Rentabilität der deutschen Biokraftanlagen keine Illusionen machen. Die Subventionen werden nach und nach zurückgenommen, und auf Dauer ist nicht davon auszugehen, dass der europäische Markt gegen den Import weitaus preisgünstigeren Biosprits aus dem Ausland abgeschottet werden kann. Und dieser Bereich wächst in den Entwicklungsländern mindestens ebenso stürmisch wie in Europa.

So hat sich der Palmölverbrauch in den letzten zehn Jahren weltweit auf über 30 Mio. Tonnen pro Jahr mehr als verdoppelt. Deutschland ist der fünftgrößte Palmölimporteur weltweit, mit 800 000 Tonnen pro Jahr importiert es heute doppelt so viel wie im Jahre 2000. Indonesien und Malaysia produzieren 80 % des weltweit erzeugten Palmöles. Im Jahre 2004 wurden die Ölpalmen auf 5,4 Mio. ha allein in Indonesien angebaut, 2008 sollen es entsprechend eines Regierungsbeschlusses 8,4 Mio. ha sein. In drei bis vier Jahren, so fürchtet die Weltbank, könnte der Tiefland-Regenwald Indonesiens verschwunden sein. Auf Sumatra ist der meiste Wald schon abgeholzt, nun folgt Borneo. Da der Urwald für die Anlagen von Ölpalmenplantagen in der Regel durch Brandrodung beseitigt wird, setzt der Palmöleinsatz, beispielsweise in Blockheizkraftwerken Deutschlands, in der Summe mehr CO₂ frei als der Einsatz von fossilem Erdöl, wie Florian Siegert (München) nachgewiesen hat. Die gegenwärtigen Versuche, Palmöl aus so genannter nachhaltiger Produktion ohne vorangegangene Tropenwaldvernichtung mit einer eigenen Marke zu zertifizieren, dürften schwierig und schwer kontrollierbar werden. Man sieht es dem Palmöl nicht an, wo und wie es hergestellt wurde. Bisher jedenfalls gibt es kein transparentes, kontrollierbares und allgemein anerkanntes Zertifizierungssystem für Biomasse (Sachverständigenrat für Umweltfragen 2007).

Man muss nicht unbedingt besonders kritisch sein, um sich des Eindrucks nicht erwehren zu können, dass den Entwicklungsländern erst das Erdöl und dann das Palmöl entzogen werden solle. Sind alle ihre Naturschätze von den Industrie- und Schwellenländern entnommen, ohne dass ihre Bevölkerung an ihrer Weiterverarbeitung und Wertschöpfung im nennenswerten Umfang beteiligt wurde, bleibt das verwüstete, vom Klimawandel bedrängte Land mit seinen Menschen ohne Hilfe und Unterstützung zurück, da es nichts mehr zu verkaufen hat. Alleine entwickeln und ernähren kann es sich dann auch nicht mehr. Das letzte Exportgut, das dann aber keiner mehr haben will, wird der Mensch sein.

Dass der Kampf um die Fläche auch gewalttätig ausgetragen werden kann, zeigt sich beispielsweise in der Region Choco im Westen Kolumbiens. Paramilitärische Truppen hatten dort zunächst die Campesinos, die dort in einfacher Subsistenzwirtschaft lebten, vertrieben, Großgrundbesitzer daraufhin riesige Ölpalmenplantagen angelegt. Nach den letzten Wahlen konnten die Kleinbauern zurückkehren und begannen die Palmen abzuholzen, um wieder Mais, Reis, Bananen oder Maniok anzubauen. Der Konflikt, der zwischen den Plantagenbetreibern und den Kleinbauern besteht, hat schon viele Tote gefordert und wird zurzeit nur durch massiven Militäreinsatz an einer Eskalation gehindert.

13. Naturschutz und Flächenkonkurrenz

Das Thema Flächenkonkurrenz betrifft natürlich auch den Naturschutz, der ohne Fläche nicht denkbar ist. Naturschutz und Tourismus konkurrieren zusätzlich um die immer wertvoller werdenden Flächen. Aus den genannten Gründen warnten Naturschützer von Anfang an vor einer finanziellen Förderung nachwachsender Rohstoffe zwecks Energieerzeugung. Voraussesbar entwickelt sich diese zum letzten Sargnagel für den Tropenwald. Betroffen sind vor allem, aber nicht ausschließlich, Indonesien und Brasilien. Anstelle der abgeholzten oder niedergebrannten tropischen Regenwälder entstehen endlose und gleichförmige Plantagen von Ölpalmen, Zuckerrohr oder Sojapflanzen. Diese künstlichen Anpflanzungen schaffen zwar, wenn auch in sehr begrenztem Umfang, Arbeitsplätze, zerstören aber die Vielfalt der Tiere und Pflanzen und damit langfristig die Grundlage für ihre dauerhafte und vielfältige Nutzung in der Pharmazie, in der chemischen Industrie oder für den Tourismus. Die katastrophalen Auswirkungen der Vernichtung der Urwälder auf das Klima und den Wasserhaushalt sind hinlänglich bekannt und dokumentiert worden. Im Grunde genommen handelt es sich auch hierbei wieder um eine besondere Form postkolonialer Ausbeutung der armen Länder durch die Industrie- und Schwellenländer.

Aber auch in Deutschland haben sich die Hoffnungen der Naturschützer zerschlagen und ihre Befürchtungen bestätigt. So konnten sich bisher einige Optimisten unter ihnen an der staatlich geförderten Rotationsbrache erfreuen. Sie führte wenigstens punktuell und vorübergehend zu besseren Lebensbedingungen für Flora und Fauna. Aber schon bisher wurden die Brachflächen bei geringsten Widrigkeiten wie Hochwasser oder Dürre zur außerplanmäßigen Nutzung freigegeben. Nun ist ihre Zeit gänzlich vorbei. Nachwachsende Rohstoffe dürfen auf EUgeförderten Stilllegungsflächen angebaut werden, da sie ja die Nahrungsmittelproduktion nicht erhöhen, die mit den Flächenstilllegungen ursprünglich reduziert werden sollte.

14. Kein Bedarf an gemischter Biomasse und Abfällen

Auch die Hoffnungen der Naturschützer, die Nachfrage nach nachwachsenden Rohstoffen würde es ihnen ermöglichen, in der Landwirtschaft nicht mehr benötigte Biomasse, beispielsweise das Mahdgut von in einschüriger Mahd erst im August oder September gemähten Wiesen sinnvoll abgeben zu können, wurde rasch enttäuscht. Für diese gemischten Faserstoffe gibt es nach wie vor keine Verwendung.

Gefragt am Energiemarkt sind gleichförmige eiweiß- oder stärkehaltige Samen, beispielsweise Getreide oder Ölsaaten, die unter hohem Aufwand von Energie und Chemikalien erzeugt werden. Die Ökobilanz der auf diese Weise erzeugten Biokraftstoffe ist im Vergleich zu fossilen Energieträgern eindeutig negativ. Es hat nur auf allerlei Umwegen und unter Schädigung des Naturhaushaltes eine ganze Reihe von Menschen auf Steuerzahlers Kosten zusätzlich daran verdient.

Förderungswürdig ist nach dem bisher Gesagten lediglich die Energieerzeugung aus organischen Abfällen aller Art. Nur das ist vor dem Steuerzahler und Verbraucher zu verantworten. Es ist daher nicht verwunderlich und doch erfreulich, dass die Chefin des Bundesverbandes der Verbraucherzentralen, Edda Müller, diese Forderung immer wieder massiv vertreten hat. Dem ist aus Sicht des Naturschutzes grundsätzlich nichts hinzuzufügen.

15. Natur nur noch in Schutzgebieten

Es deutet vieles darauf hin, dass in Zukunft alle irgendwie nutz- und bewässerbaren Flächen zur Produktion nachwachsender Rohstoffe verwandt werden, sofern sie, mit Lebensmitteln bebaut, nicht höhere Erträge bringen. Sicher, man arbeitet an der Energieeffizienz der Maschinen und Gebäude, aber selbst bei größten Erfolgen in diesem Bereich wird der Energieverbrauch weiter steigen, wollen sich im Grunde doch alle Menschen auf dieser Erde einen energieaufwendigen Lebensstil leisten, wie ihn sich bisher nur einige wenige in Europa, Nordamerika und Arabien, übrigens auf Kosten der übrigen Menschheit, leisten können. An einen freiwilligen Verzicht auf Technikeinsatz und damit auf Energieverbrauch ist nicht zu denken, an eine umweltfreundliche neue Energiequelle mit einer wirklich ausgeglichenen Ökobilanz, wie man sie sich mit einer Kombination von Sonnenenergie und Wasserstofftechnik wünschen mag, auf absehbare Zeit leider auch nicht.

Zur Erhaltung der von Menschen weitgehend unbeeinflussten Natur werden wegen der zunehmenden Flächenkonkurrenz nur einige wenige Reservate übrig bleiben. Der Staat wird sie nur dort hinreichend schützen und verteidigen, wo mit ihnen nicht zuletzt aus dem Tourismus erhebliche Einnahmen verbunden sind, welche die möglichen Einnahmen aus nachwachsenden Rohstoffen oder Lebens- und Futtermitteln deutlich übersteigen. Abgesehen davon werden Naturschutzgebiete wohl überwiegend nur noch auf privatem Land und unter privatem Management eine Chance haben (VÖSSING 2008).

In dieser Situation, angesichts kräftig steigender Bodenpreise und einer harten Nutzungskonkurrenz ist auch der Naturschutz gut beraten, sich hinreichend mit Flächen zu bevorraten (SCHERFOSE 2006). Der Grunderwerb aus Naturschutzgründen hat zwar eine lange, aber auch von einer kritischen Diskussion begleitete Geschichte (VÖSSING & BERG 2005).

Die Kritiker des Reservatsgedankens forderten stattdessen eine Naturschutzpolitik auf der gesamten Fläche. Dieser an sich verständliche und begrüßenswerte Ansatz erweist sich aber in dem Maße als untauglich, als ordnungsrechtliche Maßnahmen in einer zunehmend individualisierten und dezentralisierten Gesellschaft nicht nur, aber gerade auch im Naturschutz immer weniger Akzeptanz finden. Die gegenwärtig modernen Deregulierungsbemühungen betreffen nicht nur den Denkmal-, sondern auch den Naturschutz in besonderer Weise.

Aber selbst dort, wo es noch Gebote oder sogar Verbote gibt, ist ihre Wirksamkeit wegen ihres völlig unzureichenden Vollzuges zumindest sehr eingeschränkt. Die fehlende Überwachung ist das eine, die mangelhafte Sanktionierung möglicherweise doch festgestellter Verbotsübertretungen das andere. Im Ergebnis ist der Naturschutz der öffentlichen Hand in eine Krise geraten. Der Naturschutz auf der ganzen Fläche hat sich meist als eine Illusion erwiesen.

16. Landerwerb aus Naturschutzgründen

Seit der deutschen Wiedervereinigung hat der Landerwerb aus Naturschutzgründen einen ungeheuren Aufschwung erfahren. In den neuen Ländern konnten relativ große und unzerschnittene Gebiete von privaten, dem Naturschutz verpflichteten Rechtsträgern erworben werden, die überwiegend als Stiftungen organisiert sind (KIRSCHHEY & MECKELMANN 2004). In der Regel handelt es sich dabei um Bergbaufolgelandschaften (HENNEK 2004, WÄLTER 2004), oder um ehemaliges, meist munitionsverseuchtes Militärgelände (JOHST & LEHMANN 2004). Deren Wert für den Naturschutz sollte aber trotzdem nicht unterschätzt werden.

Aber der Naturschutz darf sich nicht auf den Erwerb solcher eher abgelegenen Flächen beschränken, für die es bisher kaum Erwerbskonkurrenten gibt. Er muss sich auch dem Wettbewerb um den Erwerb von bisher genutzten Flächen stellen. So hat der Verein der Freunde des Deutsch-Polnischen Europa- Nationalparks Unteres Odertal e.V. im Rahmen des Naturschutzgroßprojektes „Unteres Odertal“ rund 5 000 ha überwiegend land- oder forstwirtschaftlich genutzte Fläche erworben, häufig gegen den Widerstand verschiedener Nutzergruppen bzw. ihrer Interessenvertretungen (VÖSSING 1998). Dazu sind auch immer wieder verschiedene Landes- und Kommunalbehörden zu zählen, die auf allerlei Weise, beispielsweise durch die Ausübung eines künstlich konstruierten Vorkaufsrechtes, versuchen, Flächenerwerb aus Naturschutzgründen zu verhindern, selbst in Schutzgebieten, ja selbst im einzigen Nationalpark Brandenburgs. Es ist also durchaus eine offen zu diskutierende Frage, ob sich der Naturschutz auf konsensualen Landerwerb beschränken oder auch in den streitbehafteten Wettbewerb um den Flächenkauf eintreten sollte. Angesichts des zunehmenden Wettbewerbes um alle nutzbaren Flächen wird ihm aber kaum eine Alternative zum Flächenerwerb in Konkurrenz, gegebenenfalls auch im Konflikt mit anderen Nutzungsinteressenten bleiben.

Heinz Sielmann, der durch seine fantastischen Naturfilme zu Ruhm und Reichtum gekommen ist und mit seiner Heinz-Sielmann- Stiftung große Flächen für den Naturschutz gesichert hat, formulierte die neue Strategie knapp und klar: „Das Beste für den Naturschutz ist es, die Flächen einfach zu kaufen“. Dem ist nichts hinzuzufügen.

Literatur:

Bals, C., Hamm, H. (2007):

Die dunkle Seite des Biosprits, Natur und Kosmos 8, 26-34.

Bundesregierung Deutschlands (2007):

Bericht „Entwicklungsstand und Perspektiven von CCS-Technologien in Deutschland". Kabinettsache Datenblatt Nr. 16/09 124 (Kabinettsbeschluss vom 19.09.2007).

Ewert, W. (2007):

Wissen schützt vor Torheit nicht – Landraub wird vor allem theoretisch bekämpft. Naturmagazin 3, 10-11.

Hennek, F. (2004):

Das große Krabbeln nach der Kohle – ein Naturparadies entsteht. Naturmagazin 2, 41.

Johst, A., Lehmann, R. (2004):

Verbotene Landschaft – Militärflächen und Naturschutz. Naturmagazin 2, 4-5.

Kirschey, T., Meckelmann, H. (2004):

Perspektiven für holistische Naturschutzethik – neues aus der Arbeit der Stiftung Naturlandschaften Brandenburgs. Naturmagazin 2, 17.

Sachverständigenrat für Umweltfragen (Hrsg., 2007):

Sondergutachten des Sachverständigenrates für Umweltfragen (SRU): Klimaschutz durch Biomasse. Deutscher Bundestag, 16. Wahlperiode, Drucksache 16/6340.

Scherfose, V. (2006):

Grunderwerb als Mittel der dauerhaften Flächensicherung für Naturschutzzwecke, In: Strategische Ansätze des Naturschutzes – Umsetzung durch die Stiftung Naturschutz- Fonds Brandenburg, 13-17.

Schultze, C., Köppel, J. (2007):

Gebietskulissen für den Energiepflanzenanbau? Steuerungsmöglichkeiten der Planung. Naturschutz und Landschaftsplanung 39, (9), 269-272.

Vössing, A. (1996):

Seltene Hassliebe. Grünstift 14, (5), 32-35.

VÖSSING, A. (1998):

Der Internationalpark Unteres Odertal – ein Werk- und Wanderbuch. Stapp, Berlin, 313 S.

Vössing, A. (2008):

Stiftungen als Nationalparkmanager – ein Besuch im Kasanka Nationalpark in Sambia. Nationalpark (im Druck).

Vössing, A., Berg, T. (2005):

Vertragsnaturschutz und Landerwerb – zwei Seiten einer Medaille. Natur und Landschaft 80, (1), 22-24.

Wälter, T. (2004):

Naturschutz und Bergbau in Südbrandenburg. Naturschutz und Landschaftspflege in Brandenburg 13, (2), 56-63.